

DIE LINKE.

Fraktion im Kreistag Teltow-Fläming

Rede des Fraktionsvorsitzenden Jürgen Akuloff zur Haushaltsberatung 2012 auf der Kreistagssitzung am 27. Februar 2012

Werte Gäste, werter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wohl noch keine Kreistagsberatung zum Haushalt hatte wie die heutige so richtungsweisenden Charakter in der Beschlusslage, die sehr ausführlich im Vorfeld beraten wurde.

Die Lage ist auch dramatisch, weil bei bemerkenswerter Rankingentwicklung des Kreises mit konstanter Bestplatzierung in der Kreiskasse Ebbe ist. Wohl niemand will u. a. auf die mautträchtige B101, das moderne Kreishaus oder kilometerweise Skaterstrecken verzichten. Was meine Fraktion vor Jahren warnend angekündigt hat, und hier verweise ich gerne auf die mahnenden Aussagen unseres langjährigen Fraktionsmitgliedes Günther Thiel, ist leider Realität geworden.

Wir sind deshalb nicht zufriedener, aber deutlich nachdenklicher über unsere Mitwirkungsmöglichkeiten. So ist es auch mit den vorgelegten Haushaltsdokumenten.

Die Zahlen sind bekannt, zumindest die wahrscheinlichen, jede Wiederholung der defizitären Lage bringt keinen Euro mehr in die Kasse. Deshalb unterstützen wir die Beschlussfassung hier und heute. So wichtig jede Idee ist, ob wir heute die Trendwende im Umgang mit Ausgaben beschließen oder Wochen später, es ändert nichts an der prekären Lage. Wir haben uns übernommen und haben die „Sternstunden der Opposition“ mit der Haushaltsdebatte oft erlebt als Fraktion. Wir meinen, es füllt die Kassen nicht, wenn wir uns im verbalen Titelkampf zur „Geldverbrennung“ bewegen. Unter Verzicht auf Einzelbeispiele sei die Bemerkung erlaubt, dass wir uns im Status einer Verantwortungsgemeinschaft verschuldet haben. Verwaltung, Gemeinden, und heute im Fokus der Kreistag, sitzen in einem Boot.

Frank Gerhard als Bürgermeister von Ludwigsfelde sagt dazu Schicksalsgemeinschaft. Wir möchten weniger dem Schicksal ausgesetzt sein und haben Anträge auf den Weg gebracht, die in der Hauptsache auf kontrollierte Konsolidierung gerichtet sind.

Das heißt für DIE LINKE die folgenden sechs Punkte:

1. Mit dem ausgeglichenen Haushalt ist die finanzielle Leistungs- und Handlungsfähigkeit des Kreises zu gewährleisten.
2. Der gesamte Verwaltungsablauf halt als Kernstück die Haushaltskonsolidierung mit Begleitcontrolling und transparenter Rechenschaftslegung zum Hauptinhalt.
3. Der Leistungs- und Kostenvergleich muss zur Überprüfung der Kostenstruktur für Einzelprodukte führen. Es muss nachvollziehbar sein, mit welchem Aufwand wir unsere Leistungen finanzieren.
4. Der Kreistag ist direkt bei der Personalzuständigkeit zu beteiligen. Hierzu ist eine Prüfung der Hauptsatzung notwendig. Das Personalkonzept umfasst auch Qualifizierungsmaßnahmen.
5. Bei der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung sind Zeitrahmen für konsequente Umsetzungen zu schaffen.

6. Veranlasst durch den Konsolidierungsdruck in der Stellungnahme des Innenministeriums werden freiwillige Leistungen einer Prüfung unterzogen, um diese über intelligente Lösungen und Nutzung sozialer Kriterien weiterzuführen. Auch mit dem Solidargedanken zwischen den Kommunen mit unterschiedlicher Finanzausstattung.

Meine Damen und Herren,

ich bitte Sie nicht zu übersehen: Der Haushalt 2012 ist ausgeglichen zu einem Preis, der durchaus ein Risiko einschließt. In allen Bereichen sind Ansätze soweit zurückgeschraubt worden, dass de facto kaum bzw. keine Sicherheiten vorhanden sind.

Deshalb ist es umso erfreulicher gewesen, dass nach Fertigstellung des Entwurfes die erhöhten Schlüsselzuweisungen des Landes bekannt gegeben wurden. Von Frau Gurske, unserer Sozialdezernentin, hatten wir bereits Signale erhalten, dass der Ansatz für die Grundsicherung nicht als auskömmlich betrachtet werden kann.

Insgesamt ist in mehreren Fachhaushalten von der Verwaltungsebene signalisiert worden, dass die Einsparungen auch durch Zurückstellung von Maßnahmen erreicht worden sind. Zurückstellung heißt nicht Streichung.

Das heißt, auch in den nächsten Jahren werden die Kollegen aus fachlicher Sicht diese Maßnahme wieder einbringen müssen.

Um also auch in den kommenden Jahren das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes zu erreichen, müssen wir die Debatte zur Haushaltskonsolidierung nicht nur wegen der Altschulden fortsetzen. Man kann nur hoffen, dass ein ausgeglichener und damit auch genehmigungsfähiger Haushalt dazu beiträgt, dass wir bzw. die Verwaltung, sich dann auch auf wesentliche Aufgaben und Überlegungen konzentrieren können und wir nicht wieder so eine absurde Situation haben, wie die Rückzahlung der Kreisumlage einerseits und die Nichtauszahlung von durch die Abgeordneten befürworteten Fördermitteln wie bei der Kultur- und Sportförderung dieses Jahr.

Ausdrücklich soll noch einmal daran erinnert werden, dass alle freiwilligen Leistungen des Kreises auf Beschlüsse des Kreistages zurückgehen.

Jetzt wird von den gleichen Vertretern gefordert, diese Leistungen einzusparen oder zu streichen.

Aus unserer Sicht ist es erforderlich, sich auch darüber zu verständigen, wie wir diese Leistungen aber inhaltlich bestimmen und nicht nur einfach der Forderung des Innenministeriums zu folgen auf einen 2,5 %-Anteil zu reduzieren.

Warum ist das so schwierig? Eine freiwillige Leistung ist zum Beispiel auch die Finanzierung von Selbsthilfeangeboten, eine Finanzierung, bei der wir in der gleichen Höhe Mittel der Pflegekassen mobilisieren können. Streichen wir unseren Teil, fällt auch die andere Seite weg. Und hier mahnen uns schon das Sozial- und Gesundheitsministerium, die Pflegekassenmittel nicht verfallen zu lassen. Eigentlich – so unsere Auffassung – dürften diese Leistungen nicht mehr als freiwillig betrachtet werden.

Der Versuch, in Bezug auf die freiwilligen Leistungen mit den bessergestellten Kommunen ins Gespräch zu kommen, scheitert zum Teil schon im eigenen Haus, nämlich an der – sicherlich formal korrekten – Auffassung der Kommunalaufsicht, dass nur die Kreisumlage die Finanzquelle ist, die „leistungsabhängig“ gezahlt wird.

Wenn man jetzt also an die leistungsstarken Kommunen herantritt und ihnen auch noch die Übernahme von sozialen Angeboten anträgt, so wäre das nicht gerecht.

Trotzdem stellt sich hier die Frage, ob es nicht auch eine über diesen rechnerischen Gerechtigkeitsbegriff hinausgehende Solidarität geben könnte. Hier geht es ja schließlich um Angebote, die den Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen. Hier sind insbesondere wir Abgeordneten gefordert, die wir auch in den Gemeindeparlamenten unseren Sitz haben.

Die Forderung nach Personaleinsparung, die insbesondere immer wieder von der CDU, aber auch von Teilen der SPD transportiert wird, beißt sich mit dem Anspruch, Arbeitslosigkeit zu vermeiden und Personalreduzierung sozialverträglich durchzuführen.

Wenn wir die Alterspyramide nutzen wollen, dann setzt das auch ein bisschen Geduld voraus und kein aktionistisches Handeln.

Nichtsdestotrotz bleibt Personalentwicklung, auch verbunden mit einem Wissensmanagement im Sinne der Weitergabe von Fachwissen der „alten Hasen“ an künftige Stelleninhaber, ein Gebot der Stunde. Das, was im Moment an Einsparungen im Bereich Personal umgesetzt wird, ist ja offensichtlich eine Reduzierung der Fortbildungskosten.

Im Sinne der Nachhaltigkeit ist hier auch zu fragen, ob wir mit kurzfristigen Einsparungen uns nicht langfristige Nachteile einhandeln.

Sicher kann man sich jetzt erst einmal auf die Position zurückziehen, dass wir augenblicklich einen ausgeglichenen Haushalt vorliegen haben. Das enthebt uns jedoch nicht der Pflicht, die Überlegungen in Richtung Einsparung voranzutreiben, nicht zuletzt deshalb, weil, wie bereits eingangs gesagt, der Haushalt mit einem Risiko belastet ist: Ein Anstieg an Fallzahlen, steigende Energie- und damit Mietkosten können sehr wohl im Laufe des Jahres zu nicht geplanten Ausgabeerhöhungen führen. Ich erinnere hier nur an die Situation mit der SWFG im vergangenen Sommer.

Darauf sollten wir uns vorbereiten und in diesem Zusammenhang sei auch nochmals auf die Controllingvorschläge verwiesen.

Abschließend möchte meine Fraktion der nötigen Hoffnung Ausdruck verleihen, dass wir grundsätzlich unsere Streitkultur den Erfordernissen anpassen, die Verwaltung unsere Transparenzforderung aus Eigenerkenntnis erfüllt, dass alle Bürgermeister als Verantwortungspartner des Landrats mit gegenseitiger Akzeptanz agieren können und wir so den Einsparungswillen gemeinsam ohne wesentliche Benachteiligung für die Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises praxisnah erleben können.

Danken möchte ich mit meinen abschließenden Worten besonders auch unserem Fraktionsmitglied Dirk Hohlfeld, der als Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses wieder eine ziemliche Arbeit zu leisten hatte.